

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB fordert besonnenes und entschlossenes Vorgehen gegen den Terrorismus: Anschläge nicht zur Anheizung von Emotionen mißbrauchen.

Seite 1

Ottmar Schreiner MdB wirft Rheinland-Pfalz vor, seine Haltung zu Cattenom entscheidend abgeschwächt zu haben: Ein beschämendes Dokument des Rückzugs.

Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB verlangt, die Rheinversalzung durch Frankreich zu unterbinden: Paris veranlassen, geschlossene Verträge einzuhalten.

Seite 3

Egon Lutz MdB macht auf den neuen „Bonner Ton“ aufmerksam: Die Anti-Aufklärung kommt in Reimen daher.

Seite 4

Professor Dr. Nils Diederich MdB fordert in Not geratenen ausländischen Studenten zu helfen: Bundesregierung muß ihren Widerstand aufgeben.

Seite 5

Kurt Vogelsang MdB erläutert die SPD-Anfrage zur Lesekultur: Wie gestaltet sich das Verhältnis der „neuen“ zu den „alten“ Medien?

Seite 8

41. Jahrgang / 128

10. Juli 1986

Besonnen und entschlossen vorgehen

Der Terrorismus darf nicht zur Aufheizung von Emotionen mißbraucht werden

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die RAF, die Ende der 70er Jahre während der Regierungsverantwortung von Helmut Schmidt durch ebenso besonnene wie entschlossene Maßnahmen der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden nahezu bedeutungslos geworden war, hat sich in den letzten Jahren offenbar neu organisiert und wieder eine gefährliche Stärke und Aktionsfähigkeit erlangt. Die Bundesregierung ist gut beraten, wenn sie dafür sorgt, daß die Sicherheitsorgane und die dafür zuständigen Dienste ihre Kräfte nicht in der Auseinandersetzung mit und der Überwachung von friedlichen Demonstranten oder bei der Zurückweisung österreichischer Demonstranten an der Grenze erschöpfen.

Stattdessen müssen die Kräfte so wie in den 70er Jahren auf die Abwehr und Aufklärung schwerer und schwerster Anschläge und auf die Bekämpfung des organisierten Terrorismus und seiner internationalen Verbindungen konzentriert werden. Die Bundesregierung hat die Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion, wenn sie auf diese Weise vorgeht.

Die Sozialdemokraten werden jedoch entschiedenen Widerstand leisten, wenn die Anschläge zur Aufheizung von Emotionen oder zur allgemeinen Kampagne gegen nichtgenehme inhaltliche Positionen mißbraucht werden. Ansätze dazu und zu unwürdiger Rechthaberei sind leider bei der CSU bereits erkennbar.

(-/10.7.1986/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
by the printer's shop
Korn & Korn



Ein beschämendes Dokument des Rückzugs

Der rheinland-pfälzische Bundesrats-Antrag zu Cattenom mißachtet die Sorgen der Bevölkerung

Von Ottmar Schreiner MdB

Ein beschämendes Dokument des ungeordneten Rückzugs aus bisher vertretenen Positionen ist der rheinland-pfälzische Entschließungsantrag zur Inbetriebnahme des grenznahen französischen AKW-Komplexes Cattenom für die morgige Sitzung des Bundesrates. In der dem saarländischen Entschließungsantrag entgegengestellten Mainzer Vorlage verwickelt sich die Regierungspartei in Bonn und Mainz in zwei denk- und merkwürdige Widersprüche.

1. So ist die Forderung der christdemokratischen Bundes- und Landesparlamentarier aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland, die Bundesregierung möge doch wenigstens gegen die Blöcke 3 und 4 in Cattenom vorgehen, im rheinland-pfälzischen Antrag stillschweigend unter den Tisch gefallen. Auf diese Weise wurden die Sorgen der deutschen Grenzbevölkerung in einem zentralen Punkt mißachtet und die deutsche Verhandlungsposition unglaubwürdig gemacht.

2. Die in dem Mainzer Antrag enthaltene „Bitte an die Bundesregierung“, die französische Emissionszusage für 3 Curie pro Block und Jahr „auch in Form einer völkerrechtlichen Vereinbarung abzusichern“ enthält ein windelweiches Dementi der bisher von der Bundesregierung gegenüber entsprechenden Fragen stereotyp wiederholten Behauptung, die französische Zusage sei bereits völkerrechtlich verbindlich.

Die klare Linie des Saar-Antrags gegen Gesamtkonzeption und Inbetriebnahme von Cattenom zeigt, wo die Lebensinteressen der Bevölkerung wirklich vertreten werden. Gerade aus der Konzentration von 5.200 Mw nuklearer Kraftwerksleistung im Siedlungsgebiet von 1,5 Millionen Menschen und den damit nach Tschernobyl europaweit nachvollziehbaren Konsequenzen für Stör- und andere Unfälle (Nukleartransporte, Flugbetriebe und dergleichen) speist sich die jahrelang in vielfältigsten Formen geäußerte Beunruhigung der Menschen.

Sie hat mit der wochentlangen Verwirrung um die ominösen Sicherheitsberichte, die jüngste deutsch-französische Gipfelharmonie und vor allem mit der am französischen Nationalfeiertag (14. Juli) geplanten Einlagerung der Brennstäbe in Cattenom selbst neue, verhängnisvolle Nahrung erhalten. Dies muß in den Beratungen des Bundesrates und in der weiteren parlamentarischen Behandlung des Themas Cattenom ebenso ausführlich gewürdigt werden, wie die beschämende und dürftige Haltung der Regierungspartei dazu.

(-/10.7.1986/rs/ks)

* * *

Rheinversalzung durch Frankreich unterbinden

Bonn muß Paris veranlassen, die geschlossenen Verträge auch einzuhalten

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Der Rhein wird durch Salzfrachten aus den elsässischen Kaligruben verschmutzt. Die Bundesregierung will weiterhin tatenlos zusehen. Sie ist lediglich „besorgt“, daß Frankreich einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag nicht einhält. Offenbar geht sie vor nach dem Grundsatz: Wirtschaftliche Interessen haben Vorrang vor Umweltschutz und einer wirksamen Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung in den Rheinanliegerstaaten.

Vor fast zehn Jahren hat sich Frankreich in einem multilateralen völkerrechtlichen Vertrag gegenüber den anderen Rheinanliegerstaaten verpflichtet, die Einleitung von Salzabfällen in den Rhein drastisch zu vermindern. An diesen Vertrag will sich die konservative Regierung in Frankreich nicht mehr halten. Die angegebenen Gründe des Umweltschutzes scheinen nur vorgeschoben.

Wenn die französische Regierung eine Verpressung der Salzurückstände wegen der Gefährdung für das Grundwasser in Teilregionen nicht verantworten will, so muß sie sich bessere Lösungen einfallen lassen. In keinem Fall kann sie die Salzabfälle noch länger ihren Nachbarn vor die Tür kippen und den Rhein weiterhin versalzen. Hierdurch gefährdet sie weite Teile der Bundesrepublik und der Niederlande sowie die Gesundheit der in diesen Regionen lebenden Bevölkerung.

Ausschlaggebend ist aber, daß ein internationales Salzkartell die Verarbeitung der Salzurückstände aus den Kaligruben im Elsaß aus Konkurrenzgründen verhindern will. Die etablierten französischen Salzhersteller haben bei der französischen Regierung gegen eine neue Salzfabrikation interveniert und offensichtlich auch Erfolg gehabt.

Die Bundesregierung sollte aufhören, nur „besorgt“ zu sein. Sie muß zur Tat schreiten. Zusammen mit den Niederländern muß sie alle Möglichkeiten nutzen und alle Hilfen in Anspruch nehmen, um die französische Regierung zu veranlassen, die abgeschlossenen völkerrechtlichen Verträge auch einzuhalten.

(-/10.7.1986/rs/ks)

* * *



Der neue Bonner Ton

Die Anti-Aufklärung kommt in Reimen daher

Von Egon Lutz MdB

Seit Montag dieser Woche wissen wir es endgültig: Unsere Politiker haben eine neue politische Sprache entdeckt. Statt hämischer Polemik, verachtungsvoller Schmähungen und flammender Anklagen wider den politischen Gegner ist Lyrisches, Rhythmisierendes, gar Gereimtes der neue Ton.

In der vergangenen Woche gebot der Kultusminister von Baden-Württemberg endlich der unerträglichen Verstümmelung unseres nationalen Liedes Einhalt. Der analoge, strenge Verweis auf die Mar-seillaise stopfte auch dem undeutschesten Kritiker das Lästermaul. Wenn auch Maas und Mernel nicht mehr zur Debatte stehen, so ist dies doch immerhin eine Übung im bedenklich nachlassenden Nationalgefühl - schließlich lassen wir uns unsere Vergangenheit nicht kaputtmachen.

Von diffizilem Empfinden für den Zeitgeist zeugen auch die Worte, die die rechte Hand von Heinrich Windelen, der innerdeutsche Parlamentarische Staatssekretär Henning, zu Beginn dieser Woche beim Thema GERMANY TODAY fand. Ihn übermannte nationales Fühlen dergestalt, daß aus ihm der Geist in den salbungsvollen Worten zu sprechen begann:

„Gott gebe uns die Kraft,
An unauslöschlichen Grundsätzen
Und moralischen Geboten festzuhalten
Und die Geduld
Auf die Verwirklichung großer politischer Visionen
Und geschichtlicher Aufträge friedfertig
Und mit langem Atem hinzustreben.“

Ob Henning mit einem „Amen“ abmoderierte ist umstritten.

Klar jedoch ist seine unübersehbare Nähe zu der jüngsten Empfehlung des in Bayern für Kultur Zuständigen: Denn Kultusminister Maier hatte sich vor kurzem nicht nur für die Pflege der Schönschrift an bayerischen Schulen stark gemacht, er hatte auch auf die Bedeutung des Schulgebets hingewiesen.

Schließlich - das kann nun nicht mehr Zufall, das muß der Zeitgeist sein - hielt es auch die Grünen nicht länger. Ihre Pressemitteilung Nummer 1442/86 zitiert lediglich Bert Brecht mit seinem Gedicht „Über die Gewalt“:

„Der reißende Strom
wird gewaltig genannt

Aber das Flußbett
das ihn einengt
nennt keiner gewalttätig

Der Sturm, der die Birken biegt,
gilt für gewalttätig,

Aber wie ist es mit dem Sturm,
der die Rücken der Straßenarbeiter biegt?“

Zugegeben, ein gewitzter Einfall, wie das Thema Gewalt - anscheinend unpolitisch - problematisiert wird. Und doch zeigt sich hier in symptomatischer Weise, wie eine politische Botschaft dadurch vergleichbar unangreifbar gemacht wird, daß man sie in ritualisierte Formen kleidet.

„Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“, sagt der durch die Aufklärung geprägte Faust. - Statt mit der Aufklärung halten es die Politiker unserer Tage lieber mit dem Zyniker Wilhelm Busch „Nur des Wortes Kraft allein, dringet in die Seele ein“; da ist dann der Schritt zum falschen Pathos nur mehr ein kleiner.

(-/10.7.1986/rs/ks)

Vertrieben durch
den Deutschen Roten Kreuz
Rheinland-Pfalz



In Not geratenen ausländischen Studenten helfen

Die Bundesregierung sollte ihren Widerstand gegen die im Parlament entwickelte Regelung aufgeben

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB

Immer wieder stehen ausländische Studenten vor der Situation, daß sie plötzlich keine Zahlungen mehr aus ihren Heimatländern beziehen und nicht mehr in der Lage sind die notwendigen Ausgaben (Lebensunterhalt, Miete, Studiengebühren und so weiter) hier zu begleichen. Dies kann häufig plötzlich eintreten; sei es aus familiären Gründen (Todes- oder Krankheitsfall, Arbeitsplatzverlust von Angehörigen und so weiter) oder aus politischen Gründen (Umstürze, Wirtschaftskrisen und so weiter). Bei solchen unverschuldet in Not geratenen Studenten ist schnelle Hilfe notwendig. Die von den beiden Kirchen und zum Teil von den Bundesländern bereitgestellten Mittel reichen längst nicht mehr aus.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat sich deshalb seit langem dafür eingesetzt, einen entsprechenden Notfonds einzurichten, wie er auch von verschiedenen Studentenverbänden gefordert wurde. Auf Vorschlag der Haushaltsberichterstatter für den Bereich Bildung und Wissenschaft haben sich die Mitglieder des Haushaltsausschusses bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 1986 darauf verständigt, einen entsprechenden Haushaltstitel beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft einzurichten. Dieser Leertitel sollte im Laufe des Haushaltsjahres 1986 auch entsprechend ausgestattet werden. Aus diesem Fonds sollen solchen ausländischen Studenten, die unverschuldet in Not geraten sind, weil sie aus ihren Heimatländern vorübergehend keine Mittel zum Lebensunterhalt bekommen, Darlehen gewährt werden, um den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Leider ist es aufgrund des hinhaltenden Widerstandes des Bundesfinanzministers und aufgrund bürokratischer Verzögerungen bis heute bei der Absichtserklärung geblieben. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft ist bis jetzt weder in der Lage, eine mit den Ländern und Kirchen abgestimmte Verfahrensweise über die Bewilligungs- und Auswahlvoraussetzungen für die Vergabe der Mittel vorzulegen noch war sie bisher fähig eine Institution als zentralen Zuwendungsempfänger auszumachen, die eine sachgerechte und dezentrale Vergabe der Mittel sicherstellen kann.

Es ist auch der Bundesregierung bekannt, wie dringend eine rasche und unbürokratische Hilfe für den betroffenen Kreis notwendig ist. Doch offenkundig werden die sozialen Probleme hinter den bürokratischen Nebelwänden überhaupt nicht mehr wahrgenommen. Wir Sozialdemokraten fordern deshalb erneut, daß bei den kommenden Haushaltsberatungen endlich die notwendigen Mittel bereitgestellt und die Vergaberichtlinien vorgelegt werden.

(-/10.7.1986/rs/ks)

* * *



Wie gestaltet sich das Verhältnis der „neuen“ zu den „alten“ Medien?

Fragen des Leseverhaltens und der Lesekultur bedürfen der Aufklärung

Von Kurt Vogelsang MdB
Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Bildung und Wissenschaft

Über die Lesegewohnheiten der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland werden von der Kommunikationsforschung unterschiedliche Aussagen gemacht. Bis heute ist beispielsweise ungeklärt, ob im Nebeneinander von gedruckten und elektronischen Medien generell ein Verdrängungswettbewerb zu Lasten der gedruckten Medien stattfindet oder ob ein solcher Prozeß nur in bestimmten Bevölkerungsgruppen zu beobachten ist.

Ein weitgehendes Einvernehmen besteht darüber, daß der Umgang mit den verschiedenen Medien Gegenstand von Erziehung und Förderung innerhalb und außerhalb der Schulen sein muß. In der Kommunikationsforschung wird der Zustand, daß traditionell Lesende am wachsenden Informationsangebot mehr teilhaben als andere, die überwiegend fernsehen, als „Wissenskluft“ bezeichnet. Es ist zu untersuchen, ob diese „Wissenskluft“ wächst oder nicht.

Damit ist die Absicht der SPD-Bundestagsfraktion bei ihrer Großen Anfrage zum Leseverhalten und zur Lesekultur in Kürze zusammengefaßt. Auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages wird folglich zum ersten Mal das Verhältnis der „Neuen“ zu den „Alten“ Medien stehen. Daß hier Aufklärung nottut, zeigen sowohl der Wirrwarr der medienpolitischen Lagebeschreibungen als auch die Unsicherheit über medienpädagogische Ziele und Wege.

Ich hoffe, daß die Große Anfrage „Leseverhalten und Lesekultur in der Bundesrepublik Deutschland“ ein Anstoß für alle Fraktionen des Deutschen Bundestages ist, sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen. Vielleicht gelingt es dann, sich über gegenwärtige und zukünftige Aufgaben zu verständigen.

(—/10.7.1986/rs/fr)

* * *

